



FRIEDENS-INFO

August/September 2025 • Infos & Kontakt: unsere-zeit.de • pv@dkp.de

KRIEGSVORBEREITUNG AUF HOCHTOUREN

2025 finden zahlreiche NATO-Maßnahmen in Deutschland oder unter deutscher Beteiligung statt. Sie haben alle gemeinsam, dass es um Kriegsvorbereitungen gegen Russland und China geht. So wurde in Niedersachsen geübt, wie Rathäuser in militärische Kommandozentralen umgewandelt und Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst der Armee unterstellt werden.

Kommandowirtschaft und US-Raketen

Mit der Kriegsübung „Red Storm Bravo“ wird in Hamburg nun erstmals geübt, wie die Mitarbeiter der „Arbeitsagentur“ das sogenannte „Arbeitssicherstellungsgesetz“ durchsetzen. Diese Beschlagnahme von Arbeitskraft wird möglich, wenn der Bundestag den „Spannungs- oder Verteidigungsfall“ feststellt. Die Vorbereitungen zur Einführung der Wehrpflicht sollen eine Armeestärke schaffen, die für den heißen Krieg gerüstet ist.

Dazu will die Bundesregierung nächstes Jahr neue US-Raketen in Deutschland stationieren. Diese in Washington verkündete Entscheidung

würde dazu führen, dass in der Oberpfalz künftig Kriegsgerät steht, welches für einen Enthauptungsschlag gegen Moskau einsetzbar wäre. Damit steigt die Gefahr, dass von deutschem Boden wieder Krieg ausgeht.

Deutsche „Führung“ für neue Macht

An der Seite der aggressivsten US-Regierung und des Apartheid-Regimes in Israel möchte der Bundeskanzler die Bundeswehr zur „stärksten konventionellen Armee Europas“ aufbauen.

„Die Dividenden steigen, die Proletarier fallen“, sagte die Revolutionärin Rosa Luxemburg vor dem ersten Weltkrieg. Heute steigen die Aktienwerte der deutschen Rüstungsindustrie von Rheinmetall oder Renk in ungekannte Höhen. Denn ein staatlich finanziertes Rüstungspaket jagt das nächste und deutsche Soldaten stehen in Litauen wieder an der Grenze zu Russland.

US-Militärs verkünden in Wiesbaden, dass die NATO vielleicht bald das russische Kaliningrad angreift

US-Raketen in Grafenwöhr, um Russland anzugreifen?!

Die zur Stationierung in Deutschland vorgesehenen US-Raketen sind aufgrund ihrer kurzen Vorwarnzeit Erstschlagwaffen, die russische Kommandozentralen und große Teile der Raketenabwehr zerstören können. Man nennt sie deshalb zu Recht auch Enthauptungswaffen.

Mit dem **Berliner Appell** wenden sich zehntausende an die Bundesregierung:

„Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real (...)

Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland! (...)

Berliner Appell unterstützen: nie-wieder-krieg.org



Kundgebung am 20.9.25: keine-raketen-nach-grafenwoehr.de

und einnimmt: „Wir haben das Szenario bereits durchgespielt und

**NIE
WIEDER**

KRIEGSTÜCHTIG

STOPPT DEN
VÖLKERMORD IN GAZA
STOPPT DEN KRIEG
IN DER UKRAINE

Die **DKP** unterstützt den Aufruf des Bündnisses
Nie wieder kriegstüchtig! Stehen wir auf für Frieden!
und ruft zur Teilnahme auf:

03. OKTOBER 2025
BUNDESWEITE FRIEDENSDEMO
IN BERLIN UND STUTTGART

Weitere Informationen auf www.nie-wieder-krieg.org

Pläne für einen solchen Fall entwickelt“. Die Lüge von der russischen Bedrohung ignoriert die Tatsachen, dass NATO-Militär seit Jahren China und Russland einkreisen und alleine die europäischen NATO-Staaten ohne die USA hochgerüsteter sind als Russland. Gleichzeitig wird erneut über den Zugriff auf „eigene“ deutsche Atomwaffen nachgedacht.

Arbeit statt Rüstung und Krieg!

Angesichts des jahrzehntelangen Investitionsstaus schürt die Regierung Hoffnungen, dass von den Milliarden für militärisch-nutzbare Infrastruktur auch eine Brücke oder eine Bahnverbindung repariert wird. Die dafür bereitgestellten gigantischen Summen fehlen bei staatlichen Ausgaben für Soziales, Rente und wirklich notwendiger Infrastruktur, wie Verkehr oder Wohnungsbau.

Hinzu kommen massiv gestiegene Energiepreise durch das Embargo von russischem Gas und die Sprengung von NordStream2. So kann die US-Regierung im Wirtschaftskrieg sowohl umweltschädliches und teures Fracking-Gas an Deutschland verkaufen, während bei den Verhandlungen im Handelskrieg mit von der Leyens EU zeitgleich Strafzölle von 15 Prozent verhängt werden und Industriebetriebe hier dichtmachen und in die USA verlagert werden sollen.

Wer soll das bezahlen?

Finanziert wird die Hochrüstung mit unbegrenzten Kriegskrediten, die mit der Unterstützung aller etablierten Parteien die Mehrheit im bereits abgewählten Bundestag und im Bundesrat erhalten hat. 5 Prozent der Wirtschaftsleistung wird nun in die Rüstung gesteckt, so wie es US-Präsident Trump und AfD-Chefin Weidel zum Jahreswechsel gefordert haben. So wird nun fast jeder zweite Euro für Krieg ausgegeben. Kritische Stimmen werden denunziert, verächtlich gemacht und unterdrückt.

Der reaktionäre Umbau des Staa-

tes und die Militarisierung der gesamten Gesellschaft dient der Herstellung der Heimatfront zur Vorbereitung des Krieges.

Der reaktionär-militaristische Umbau dreht die Stimmung: Wer die NATO kritisiert, argumentiere für den Feind.

Auf die Straße für den Frieden!

Die **DKP** unterstützt parteiübergreifende Bündnisse gegen Krieg und Sozialabbau, die von Friedenskräften in Gewerkschaften, Parteien und außerparlamentarischen Initiativen getragen werden.

Darum beteiligen wir uns an den Kundgebungen zum Weltfriedenstag / Antikriegstag am 1. September und unterstützen den Aufruf zu den Großprotesten am 3. Oktober 2025 in Berlin und Stuttgart!

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



**UZ sechs Wochen gratis
probelesen!** (Print & Online)

Probeabo endet automatisch, weitere
Infos: abo.unsere-zeit.de

Deutsche Unterstützung des Völkermords in Palästina stoppen!

Die angekündigte erneute Besetzung Gazas zeigt, was das Ziel dieses Kriegs ist: Die Vernichtung Palästinas. Israel kontrolliert bereits alle Land-, Wasser- und Luftwege. Über 90 % der Einwohner Gazas wurden vertrieben. Über 60.000 Palästinenser sind durch israelische Attacken seit dem 7. Oktober 2023 unmittelbar ermordet worden. Britische Wissenschaftler belegen, dass die Zahl der Toten jedoch erheblich (!) höher ist. Die Weltgemeinschaft verurteilt das systematische Aushungern der Menschen, die im Gaza-Streifen eingesperrt sind. Die Vereinten Nationen verurteilen, wie auch Menschenrechtsorganisationen aus Israel, den Völkermord am palästinensischen Volk. Ihm wird jegliche Lebensgrundlage entzogen und es wird systematisch ausgehungert. Die Israelische Besatzungsarmee hat seit dem 8.10.2023 nahezu vollständig Felder, Plantagen und Viehzucht ausradiert. Wer versucht, im Meer zu fischen, wird von Soldaten erschossen. Nahrungsproduktion findet nicht mehr statt, die Menschen sind unterernährt, es gibt Hungertote. Gleichzeitig unterbindet Israel mit Waffengewalt die lebenswichtigen Hilfslieferungen. Die seit kurzem von der Bundeswehr bereitgestellten Nahrungsmittel sind viel zu wenig. Der Abwurf per „Luftbrücke“ ist ineffektiv und teilweise gefährlich. Ohne die Unterstützung der Bundesregierung Deutschlands wäre der Völkermord in Palästina nicht möglich. Obwohl die deutsche Regierung behauptete, dass dabei keine deutschen Waffen eingesetzt werden, will die Bundesregierung neue Exportgenehmigungen dieser Waffen aussetzen. Wir fordern, das Völkerrecht einzuhalten, das Existenzrecht Palästinas anzuerkennen und die Palästinenser frei zu lassen, indem die Grenzen geöffnet werden und ausreichend Hilfsgüter unter Kontrolle der Vereinten Nationen nach Gaza kommen können.

Flugblätter, Broschüren, Aufkleber, Banner, Pins und T-Shirts in Solidarität mit Palästina können im uz-shop.de bestellt werden. Verschiedene Bündnisse rufen zum Protest in Berlin auf: 13.9.25 (Brandenburger Tor), 27.9.25 (Bundestag);